



Stiftung Suchthilfe

## **Stiftung Suchthilfe; Beitrag an die Suchtfachstelle St. Gallen**

### **1 Ausgangslage**

Die Stiftung Suchthilfe umfasst die Betriebe Gassenarbeit, medizinisch-soziale Hilfsstelle 1 (heroingestützte Behandlung), medizinisch-soziale Hilfsstelle 2 (methadongestützte Behandlung), Suchtfachstelle, HIV- und Hepatitis-Prävention für Drogenabhängige, Arbeitsprojekte/Gassenküche und Wohngemeinschaft Arche. Die Suchtfachstelle trägt diesen Namen seit 1998, weil seither nicht nur Beratung betreffend Abhängigkeiten von illegalen Drogen, sondern eine umfassende Suchtberatung (illegale Drogen, Alkohol, Nikotin, Spielsucht etc.) angeboten wird.

Die rechtliche Grundlage für die Führung einer Suchtfachstelle und deren Finanzierung besteht seit dem 1. Januar 1999 im neuen Suchtgesetz des Kantons St.Gallen (sGS 311.2). Danach muss jede Gemeinde alleine oder im regionalen Verbund eine Suchtfachstelle führen. Mit Vorlage an den Grossen Gemeinderat vom 18. Februar 1999 Nr. 3050 erhielt der Stadtrat die Kompetenz, mit der Stiftung Suchthilfe betreffend den Betrieb einer Fachstelle für Suchthilfe gemäss Art. 8 des Suchtgesetzes des Kantons St.Gallen für die Jahre 1999, 2000 und 2001 eine Leistungsvereinbarung abzuschliessen. Nebst der Stadt St.Gallen beteiligen sich die Gemeinden Häggenschwil, Muolen, Wittenbach und Mörschwil. Die Kostenbeteiligung der Stadt St.Gallen betrug jährlich Fr. 252'000.--. Diese befristete Leistungsvereinbarung soll durch eine unbefristete ersetzt und der Subventionsbeitrag soll angepasst werden.

### **2 Rechtliche Grundlagen**

Seit Inkrafttreten des neuen Suchtgesetzes am 1.1.1999 wird die Finanzierung der Fachstellen für Suchthilfe für den ganzen Kanton einheitlich geregelt. Art. 8 des Suchtgesetzes verpflichtet die Gemeinden, sich zum Betrieb regionaler Fachstellen für Suchthilfe zusammenzuschliessen. Sie können Dritte mit dem Betrieb beauftragen. Der Staat gewährt Beiträge an die Errichtung und den Betrieb regionaler Fachstellen für Suchthilfe. Er kann Mittel aus dem Alkoholzehntel beziehen. Er verbindet den Beitrag mit einem Leistungsauftrag.



### **3 Konzept der Suchtfachstelle**

#### **3.1 Tätigkeitsbereich**

Die Suchtfachstelle setzt sich zum Ziel, fachlich kompetente Beratung nach aktuellen Erkenntnissen anzubieten. Insbesondere fördert sie bei ihren Klientinnen und Klienten Reintegration und Abstinenz durch Beratung. Ein Teil ist dabei die Vorbereitung zum Entzug mit allenfalls angeschlossener Therapie. Im Weiteren tragen ärztlich geführte Substitutionsprogramme und soziale Begleitung zur Schadensverminderung bei. Im Vorgehen wird eine Koordination der Hilfsangebote angestrebt. Die Abteilung Früherfassung der Suchtfachstelle stellt Informationsmaterial zur Verfügung und führt u.a. Unterrichtssequenzen in Schulen sowie Weiterbildungen für Suchtfragen durch. Die Früherfassung zielt im Sinne einer Sekundärprävention auf Personen, die einen problematischen Konsum von Suchtmitteln begonnen haben. Die Primärprävention hingegen richtet sich an die ganze Bevölkerung und soll ganz allgemein dem problematischen Konsum von Suchtmitteln vorbeugen; Primärprävention ist ausschliesslich Sache des Kantons. Primär- und Sekundärprävention lassen sich nicht ganz klar voneinander abgrenzen; sie begünstigen sich gegenseitig.

#### **3.2 Zielgruppe**

Die Zielgruppe der Suchtfachstelle umfasst:

- Konsumentinnen und Konsumenten illegaler Drogen, Angehörige und Umfeld wie Arbeitgeber, Lehrmeisterinnen und Lehrmeister sowie Lehrerinnen und Lehrer
- Konsumentinnen und Konsumenten legaler Drogen wie Alkohol, Angehörige und Umfeld wie Arbeitgeber, Lehrmeisterinnen und Lehrmeister sowie Lehrerinnen und Lehrer
- Nikotinabhängige
- Spielsüchtige
- Behörden
- Soziale Institutionen
- Schulen
- Firmen und andere Institutionen.

Die Beratung kann sich beziehen auf:

- Illegale Drogen, unter Einbezug neuer Konsumsubstanzen
- Alkohol
- Nikotin
- Andere Formen von Suchtverhalten, z.B. Spielsucht.

#### **3.3 Statistik**

Im Jahr 2000 meldeten sich 312 (1999: 250) Klientinnen und Klienten auf der Suchtfachstelle der Stiftung Suchthilfe an. Bei 210 (184) Personen kam es zu einem Erstgespräch und einer Erfassung im SAMBAD (Statistik der ambulanten Behandlung und Betreuung im Alkohol- und Drogenbereich). Alle nachfolgenden Daten beziehen sich auf diese 210 (184) Personen.

Von den 210 (184) Klientinnen und Klienten waren 132 (134) männlich und 78 (50) weiblich. 163 (150) Personen kamen wegen eigener Sucht- oder Drogenprobleme, 47 (34) wegen Pro-



blemen von Drittpersonen (Angehörige, Arbeitgeber etc.) zur Suchtfachstelle. Von den 210 (184) Eintritten hatten 169 (141) Personen zum ersten Mal Kontakt zur Suchtfachstelle. Bei 41 (43) Personen handelte es sich um Wiedereintritte.

Die Auswertung der Wohnorte der Klientinnen und Klienten, welche 2000 eintraten, zeigte einen deutlichen Schwerpunkt von in der Stadt St. Gallen wohnhaften Personen.

Stadt St.Gallen	172
Wittenbach	18
Mörschwil	5
Abtwil	5
Gossau	2
Muolen	1
Andere	7
Total	210

Eine Erhebung der Problemsubstanzen in den 30 Tagen vor dem Erstgespräch ergab im Jahr 2000 bei 158 Klientinnen und Klienten folgendes Bild. Es handelt sich hierbei um die Hauptproblemsubstanzen. In den meisten Fällen war bei den Klientinnen und Klienten ein Nebenkonsum von einer oder mehreren Substanzen zu verzeichnen.

Alkohol	74
Cannabis	7
Heroin	39
Methadon (auch bewilligt)	2
Kokain	11
Amphetamine, Ecstasy	1
Schnüffelfstoffe	0
Tabak	10
Andere	1
Kein Konsumproblem	2
Keine Hauptsubstanz definierbar	11
Total	158

#### **4 Finanzierung**

Das Angebot der Suchtfachstelle wird durch Beiträge des Kantons, der Krankenkassen, der Stadt St.Gallen und weiteren Gemeinden des Bezirks St.Gallen sowie Mörschwil finanziert. Die Rechnung 2000 schloss mit einem Überschuss von Fr. 24'076.80 ab. Dieser Überschuss entstand, weil die längere krankheitsbedingte Abwesenheit einer Mitarbeiterin nur teilweise ersetzt werden konnte.

Der Gesamtkostenaufwand ist für das Jahr 2001 mit Fr. 882'900.– budgetiert. Die Aufteilung nach Bereichen sieht folgendermassen aus:



	<b>Drogen</b>	<b>Alkohol</b>	<b>Total</b>
Stellenprozente	415	240	655
Personalkosten effektiv	479'300	260'000	739'300
Allgemeine Unkosten nach Stellenprozenten	90'990	52'610	143'600
<b>TOTAL AUFWAND</b>	<b>570'290</b>	<b>312'610</b>	<b>882'900</b>
Beiträge Kanton	365'600	145'700	511'300
Beiträge der Gemeinden des Bezirks St.Gallen und der Gemeinde Mörschwil gemäss Ansatz 2000	130'500	168'800	299'300
Einnahmen Früherfassung/ Krankenkassen	28'000		28'000
<b>TOTAL BEITRÄGE</b>	<b>524'100</b>	<b>314'500</b>	<b>838'600</b>
Defizit/Überschuss	- 46'190	1'890	
<b>Kapitalbezug aus Reserve</b>			<b>- 44'300</b>

Das heisst, dass für das Jahr 2001 ein Defizit von Fr. 44'300.-- budgetiert werden musste. Dieses kann im laufenden Jahr noch aus Reserven gedeckt werden.

Angesichts des auch in Zukunft zu erwartenden Defizits, welches nicht mehr über Reserven gedeckt werden kann, ist auf der Ertragsseite eine Anpassung der Subvention der Leistungsvereinbarungspartner der Stiftung Suchthilfe im Bereich der ambulanten Beratung, Behandlung und Betreuung von Abhängigen und ihres Umfeldes notwendig. Leistungsvereinbarungspartner der Stiftung Suchthilfe sind der Kanton St.Gallen, die Stadt St.Gallen, Hägenschwil, Muolen, Wittenbach und Mörschwil.

## **5 Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Suchthilfe**

### **5.1 Verlängerung der bestehenden Leistungsvereinbarung**

Die Stadt St.Gallen wird durch das Suchtgesetz verpflichtet, sich mit anderen Gemeinden zum Betrieb regionaler Fachstellen für Suchthilfe zusammenzuschliessen. Mit dem Betrieb dieser Fachstelle können Dritte beauftragt werden.

Die Verpflichtung der Stadt aus Art. 8 des Suchtgesetzes soll weiterhin mit einer Leistungsvereinbarung an die Stiftung Suchthilfe delegiert werden. Die Leistungen der Suchtfachstelle der Stiftung Suchthilfe und die finanzielle Abgeltung seitens des Kantons und der angeschlossenen Gemeinden sind in Leistungsvereinbarungen zwischen dem Kanton und der Stiftung einerseits sowie zwischen jeder angeschlossenen Gemeinde (St.Gallen, Hägenschwil, Muolen, Wittenbach und Mörschwil) und der Stiftung andererseits geregelt.



Da die gemachten Erfahrungen äussert positiv sind, soll die bestehende, auf drei Jahre befristete, Leistungsvereinbarung verlängert und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Aufgrund der unbefristeten Beiträge ist eine Unterstellung unter das fakultative Referendum notwendig.

## **5.2 Anpassung des Subventionsbeitrages**

Die Leistungsvereinbarung zwischen den Gemeinden und der Stiftung listet die Aufgaben der Stiftung detailliert auf und regelt die Zusammenarbeit und das Controlling. Die finanzielle Abgeltung wurde auf einen Jahresansatz 1999, nämlich Fr. 2.03 pro Einwohnerin und Einwohner für den Fachbereich „Alkohol“ und von Fr. 1.57 für den Fachbereich „Illegale Drogen“ begrenzt (= total Fr. 3.60). Diese Entschädigung gilt auch für die Jahre 2000 und 2001. Für das Jahr 2002 soll der Betrag von Fr. 3.60 auf Fr. 3.80 pro Einwohnerin und Einwohner für beide Bereiche erhöht werden.

Diese Anpassung des Betrags ist aus folgenden Gründen notwendig:

- Lohnanpassungen (Anlehnung an die Stadt St. Gallen)
- Ausgleich der Teuerung (Anlehnung an die Stadt St.Gallen).

## **6 Anträge**

Wir beantragen Ihnen, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Der Stadtrat erhält die Kompetenz, mit der Stiftung Suchthilfe die bestehende, auf drei Jahre befristete Leistungsvereinbarung betreffend den Betrieb einer Fachstelle für Suchthilfe gemäss Art. 8 des Suchtgesetzes durch eine unbefristete zu ersetzen.
2. Die Stadt zahlt unter der Voraussetzung, dass die anderen Gemeinden ebenfalls die teuerungsbedingten Anpassungen vornehmen, Fr. 3.80 pro Einwohnerin bzw. Einwohner der Stadt St.Gallen an die Suchtberatung der Stiftung Suchthilfe. Der dafür benötigte Betrag beträgt rund Fr. 266'000.– pro Jahr.
3. Der Beschluss unter Ziffer 2 untersteht gemäss Art. 7 Ziff. 6 lit. b der Gemeindeordnung dem fakultativen Referendum.

Der Stadtpräsident:  
Christen

Im Namen des Stadtrates  
Der Stadtschreiber:  
Linke

